

SP

aktiv 6/25

Sozialdemokratische Partei Oberburg



10. - 12. Dezember: Füürabe im Advänt
Märitstand der SP Oberburg

An allen drei Abenden

Feuriges Chili (Vegi)

Alkoholfreier Punsch, Tee und Kaffee

GARAGE VON BALLMOOS

Ihr Familienunternehmen
in der Region

Ihr Familienunternehmen
in der Region



WIRTSCHAFT STEINGRUBE

Daniel Rüegsegger
Krauchthalstrasse 78 / 3114 Oberburg

t 034 422 22 54
kontakt@steingrube.ch
www.steingrube.ch

Do. bis Mo. 8:30 bis mind. 23 Uhr
Di. & Mi. Ruhetag



WIRTSCHAFT STEINGRUBE

Das Geschäft für feine Sachen



Geschäft für kleine Sachen

CONFISERIE TEA ROOM NEUHAUS OBERBURG

Herausgeber	Sozialdemokratische Partei Oberburg	Druck	Haller&Jenzer AG, Burgdorf
Redaktion	Vorstand SP Oberburg	Satz/Layout	Martin Schwander
E-Mail	info@spoberburg.ch	Auflage und Verteiler	1900 Exemplare an alle Haushalte des Postkreises 3414 Oberburg
Internet	www.spoberburg.ch	Erscheint	6 x pro Jahr
Adresse	SP Oberburg, c/o Bruno Mathys, Schönenbühlweg 28, 3414 Oberburg	Datum	24.November 2025

Abstimmungen vom 30. 11. 2025

Empfehlungen der SP Oberburg

Keine Diskrepanzen mit der SP Schweiz, was die Abstimmungen vom 30. November anbelangt: Die Mitglieder der SP Oberburg beschlossen an ihrer Versammlung vom 29. Oktober einstimmig, die JUSO-Initiative «Für eine Zukunft» zur Annahme und die «Service-Citoyen-Initiative» zur Ablehnung zu empfehlen.

Einstimmig wurde auch dem Budget der Gemeinde zugestimmt, das am 30. November ebenfalls an die Urne gelangt.

Im folgenden begründen **Cyril Sägesser**, Vorstandsmitglied der SP Oberburg und **Jörg Frey**, ehemaliger Oberburger Sektionspräsident, warum sie die Service-Citoyen-Initiative ablehnen (Frey) respektive der JUSO-Initiative zustimmen (Sägesser).

Noch mehr unbezahlte Arbeit für Frauen



NEIN zur
«Service-citoyen-Initiative»
www.gratisarbeit-nein.ch

NEIN zur «Service-citoyen-Initiative»

Die Initiative für einen «Service citoyen» will, dass alle Schweizerinnen und Schweizer einen Dienst an der Allgemeinheit leisten. Dieser Dienst kann bei der Armee, beim Zivilschutz, in der Landwirtschaft, beim Naturschutz und im sozialen und pflegerischen Bereich geleistet werden. Dieser Dienst sollte gleichwertig wie der Militärdienst sein. Der minimale Militär-



SP-Augenblick

Liebe Leserin, lieber Leser

Vor wenigen Tagen verabschiedeten die Tesla-Aktionäre eine an finanzielle Unternehmensziele gekoppelte Vergütung für ihren Chef Elon Musk. Sollten die Unternehmensziele innert zehn Jahren vollumfänglich erreicht werden, würde die Vergütung an ihren Chef rund eine Billion Dollar betragen. Eine Billion, das ist eine eins mit zwölf Nullen, also 1 000 000 000 000 \$.

Diese Zahl einmal so vor sich zu sehen ist schon eindrücklich. Da ich bisher noch nie in diesen finanziellen Größen gerechnet habe, ist es auch schwer, sich das bildhaft vorzustellen. Ich versuche einmal, es zu verbildlichen.

Nehmen wir an, wir sprechen nicht von Dollar, sondern von Sekunden. Eine Million Sekunden sind umgerechnet 11 Tage und 13 Stunden. Eine Milliarde Sekunden sind umgerechnet 31 Jahre und 259 Tage. Eine Billion Sekunden sind umgerechnet 31 688 Jahre und 32 Tage.

Nehmen wir an, ich hätte einen gigantischen Lohn von einem Dollar pro Sekunde und würde damit innert 11 Tagen und 13 Stunden eine Million Dollar verdienen. Nehmen wir weiter an, Elon Musk hätte denselben Lohn. Dann hätte er in der letzten Eiszeit vor 31 688 Jahren und 32 Tagen mit dem Sparen beginnen müssen um auf seine Billion Dollar zu kommen, die er in den nächsten zehn Jahren «verdienen» kann. Eindrücklich.

Bruno Mathys
Präsident SP Oberburg



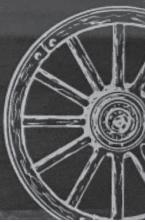
Elektro Grunder + Riesen AG

...die wissen wie!



Bike Shop Burkhard GmbH

Knuppenmattgasse 2
3414 Oberburg
034 423 13 00
info@burkhardbikes.ch
www.burkhardbikes.ch



HALLER  JENZER

OHNI GROSS DS LYRE

Ihr Druck- und Medienzentrum in 3400 Burgdorf | www.haller-jenzer.ch

dienst dauert heute 300 Diensttage, was etwa einem Jahr entspricht.

Was nach mehr gesellschaftlichem Zusammenspiel klingt, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als ein bürokratisches Monster. Jedes Jahr müssten 70 000 Schweizerinnen und Schweizer zur Einteilung in den «Service citoyen» aufgeboten werden. Dieser Dienst müsste bürokratisch gesteuert und überwacht werden.

Dieser Dienst benachteiligt Frauen noch mehr. Frauen leisten immer noch den grössten Teil der unbezahlten Betreuungsarbeit für die Kinder, die Familie und ihre Angehörigen. Nun sollten sie noch einen zusätzlichen Dienst von einem Jahr leisten.

Der «Service citoyen» konkurrenzieren die Arbeit von Geringverdienenden und würde diese in die Arbeitslosigkeit abdrängen. Es besteht die Gefahr, dass vor allem im Gesundheitswesen

«Der Service-Citoyen erhöht die unbezahlte Arbeit von Frauen, trägt nicht zur Bekämpfung der Lohndiskriminierung bei und erkennt den finanziellen Wert der unbezahlten Carearbeit von Frauen immer noch nicht an. Mit Freiwilligenarbeit hat das nichts zu tun. NEIN zu mehr Ungleichheiten für Frauen!»

Linda De Ventura, Nationalrätin SH

qualifizierte Fachkräfte durch Gratisarbeitskräfte verdrängt würden. Es ist zu befürchten, dass Pflegeberufe noch schlechter bezahlt und die Pflegequalität für die Kranken abnehmen würden.

Ein unbezahlter Dienst widerspricht dem Zwangsarbeitsverbot nach der Europäischen

Menschenrechtskonvention. Vermutlich würde dieser Dienst über die Erwerbsersatzordnung (EO) vergütet. Somit würden die Kosten für die EO von 800 Mio. Franken pro Jahr auf 1,6 Mia. Franken ansteigen. Dies müsste durch Arbeitgebende und die Angestellten bezahlt werden. Der Bund müsste 160 Mio. Franken mehr für die Militärversicherung bezahlen.

Für die Arbeitgebenden würde dieser Dienst zu mehr Absenzen von Mitarbeitenden und einem Mehraufwand für den Ersatz dieser Angestellten führen. Militärdienstleistende wissen aus Erfahrung, wie der Militärdienst das Studium und die Weiterbildung verlängert.

Kultur der Freiwilligenarbeit schützen

Die Schweiz hat eine starke Kultur der Freiwilligenarbeit und des Vereinswesens. Dieser obligatorische Dienst würde das freiwillige Engagement schwächen. Vor allem junge Menschen engagieren sich bereits heute freiwillig in Vereinen oder bei Projekten, ein Pflichtdienst könnte solche Einsätze verdrängen. Der «Service-citoyen»-Dienst würde staatlich definieren, welche freiwillige Tätigkeit anerkannt würde und welche nicht. Am Schluss würde dieser obligatorische Dienst die wirkliche Freiwilligenarbeit entwerten.

Es stellt sich die Frage, wo diese 70 000 junge Menschen eingesetzt werden sollen, da die Armee und der Zivilschutz schon heute Überbestände haben. Dieser neue bürokratische Apparat würde den jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben erschweren, der Gesellschaft wenig bringen, den Frauen, den Geringverdienenden und den Arbeitgebenden schaden. Deshalb sagt die SP NEIN zur «Service-citoyen-Initiative».

Jörg Frey
SP Oberburg

Spendenaufruf

Das SP-aktiv benötigt Ihre aktive Hilfe!
Helfen Sie mit, die Meinungsvielfalt in Oberburg
zu erhalten! Wir sind um jedes Spenden-Fränkli



dankbar. Mit Vermerk «Spendenaufruf» auf das
PC der SP Oberburg, IBAN CH98 8080 8002
8695 6883 7, oder per E-Banking mit QR-Code.

UNIA

Die Gewerkschaft, die bewegt!

Unsere Standorte:

Bern, Monbijoustrasse 61

Burgdorf, Bahnhofstrasse 88

Langenthal, Bahnhofstrasse 30

Langnau, Mühlegässli 1

Huttwil, Walkestrasse 10

Werde jetzt Mitglied unter:

www.unia.ch

Bei Fragen sind wir unter:

031 385 22 22 und bern@unia.ch
erreichbar



3414 Oberburg Telefon 034 423 60 60

3437 Rüderswil Telefon 034 496 75 75

Metzgerei Heinz Frey
mit Chäs-Egge

Emmentalstrasse 74
3414 Oberburg
Tel. 034 422 10 69

info@metzgerei-heinz-frey.ch
www.metzgerei-heinz-frey.ch

JA zur Initiative für eine Zukunft

Sie erben Milliarden, wir die Krisen

Die Klimakrise ist hier und wir tragen die zunehmend katastrophalen Folgen. Dieses Jahr wurde ein ganzes Dorf durch den Absturz eines auftauenden Gletschers zerstört! Häufigere und stärkere Hitzewellen belasten uns alle im Alltag und führen immer häufiger zu Todesfällen. Die Trockenheit zehrt an unseren Wasserreserven und extremere Niederschläge führen zu gewaltvoller Überschwemmungen. Massnahmen, um diesen Herausforderungen gewachsen zu werden, existieren. In Oberburg sind wir dem neuen Hochwasserschutzbau dankbar, welcher uns von verstärkten und gehäuften Überschwemmungen schützt. Die Ursachen dafür sind auch klar und ebenso die Lösungen, um diese Veränderungen so gering wie möglich zu halten.

Die grosse Frage, welche wir uns stellen müssen, ist: Wer bezahlt das alles? Genau da setzt die Initiative für eine Zukunft an. Für eine soziale Klimapolitik, steuerlich gerecht finanziert. Für uns ist klar: Nicht die breite Bevölkerung, sondern Superreiche müssen dafür bezahlen.

Was will die Initiative?

Die Initiative verlangt, dass auf dem Nachlass und auf Schenkungen von natürlichen Personen eine Steuer erhoben wird. Ab einem Freibetrag von 50 Millionen CHF (!) beträgt der Steuersatz 50%. Es wird erst besteuert, was darüber ist. Die Einnahmen werden zur sozial gerechten Bekämpfung der Klimakrise sowie für den dafür notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft verwendet.

Wen triffts?

Es wären etwa 2 500 Personen in der Schweiz von der Steuer betroffen und es ergäben sich

Steuereinnahmen von durchschnittlich 6 Milliarden CHF pro Jahr.

Umweltverschmutzer zur Kasse bitten

Genau diese Superreichen profitieren am meisten vom System, welches die Klimakrise verursacht: dem Kapitalismus. Sie tragen mit ihren Investitionen am meisten dazu bei, dass die Klimakrise weiter befeuert wird. So verursacht ein einziger Milliardär mit seinen Investitionen ca. eine Million Mal mehr CO₂-Emissionen als eine Person, welchen zu den ärmsten 90% der Weltbevölkerung gehört. Eine Gruppe von nur 125 Milliardär:innen stossen gleich viel CO₂ aus wie ganz Frankreich. Mit ihren Investitionen haben Superreiche die Macht, unsere Wirtschaft in eine gewisse Richtung zu steuern. Seit Jahr-



zenten war ihnen das Ausmass der Klimakrise bekannt und trotzdem investierten sie fröhlich weiter in fossile Infrastruktur und setzten für ihre Profite unsere Zukunft aufs Spiel. Dass die Verantwortlichen dieser Situation für die entstandenen Schäden aufkommen müssen, ist nichts weiter als eine konsequente Anwendung des Verursacher:innenprinzips.

Die bürgerliche Klimapolitik ist gescheitert: Sie vertraut auf Marktmechanismen, «Anreize» und glaubt, Technologie alleine könne das Problem beseitigen. Kleine Schritte wie das Klimaschutzgesetz und die jährlichen 2 Milliarden CHF, welche der Bund in Klimaschutz investiert, werden uns nicht schnell genug vorwärtsbringen. Das 1,5 °C-Ziel des Pariser Klimaabkommens können wir deshalb wahrscheinlich nicht mehr einhalten.

Dieser Initiative werden wie immer die gleichen Scheinargumente entgegengesetzt. Dass alle Reichen wegziehen würden oder KMU's betroffen seien. Im Initiativtext steht, dass der Bund verantwortlich sein wird, Massnahmen zu ergreifen, um Steuerflucht zu verhindern. Dies geht mit einfachen und in anderen Ländern wie Deutschland oder den USA bewährten Mittel. Der Bund könnte entweder eine Wegzugssteuer erheben oder von Staatsbürger:innen im Ausland die Steuer ebenfalls einfordern (sofern sie

dort eine geringere Erbschaftssteuer bezahlen). Nicht zu vergessen sind auch die vielen anderen Aspekte, die sie an der Schweiz attraktiv finden. Wenn Steuern da das einzige Argument wären, würden sie gar nicht erst hier wohnen. Bei der letzten Abstimmung über eine Erbschaftssteuer im Jahr 2015 hätte der Freibetrag zwei Millionen betragen. Dass KMU's betroffen gewesen wären, war das grösste Argument dagegen, weshalb der KMU-Verbandspräsident sagte, dass ein Freibetrag von 50 Millionen nötig wäre um alle KMU's auszuschliessen.

Mit der Initiative für eine Zukunft können die zahlreichen Vorschläge zur Bekämpfung der Klimakrise endlich finanziert werden. Bezahlbarer und gut ausgebauter öffentlicher Verkehr, das Ersetzen von fossilen durch erneuerbare Energien, eine nachhaltige Landwirtschaft, Gebäudeansammlungen ohne Mieterhöhungen und den Umbau von Wirtschaftszweigen für eine nachhaltige Zukunft. Diejenigen, die sagen, dass wir uns das nicht leisten können, liegen falsch. Es ist gerade umgekehrt: Wir müssen uns diese Dinge leisten, wenn wir eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten wollen.

Cyril Sägesser
SP Oberburg



Grossratswahlen 2026

Trio aus Oberburg auf dem Weg nach Bern

Am 10. November nominierte die SP Emmental an ihrem Parteitag in Oberburg ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die kommenden Grossratswahlen. Am 29. März werden das kantonale Parlament und die Regierung neu bestellt.

Der Parteitag beschloss, mit einer Frauen- und einer Männerliste anzutreten und nominierte für die je 15 Listenplätze 14 Kandidatinnen und 14 Kandidaten. Die beiden bisherigen SP-Ratsmitglieder aus dem Emmental, Andrea Rüfenacht und Stefan Berger aus Burgdorf, die beide wieder kandidieren, werden doppelt aufgeführt und führen ihre Listen an.

Aus unserer Gemeinde schafften gleich drei SP-Mitglieder die Nomination, nämlich Gemeinderätin Marion Sägesser, Jameel Ahmad und Cyril Sägesser. Marion und Jameel winkte zudem das Losglück: Beiden wurde der Listenplatz 3, gleich nach Andrea Rüfenacht bzw. Stefan Berger zugutegeteilt.

Wir gratulieren unsren aktiven Mitgliedern herzlich zur Nomination und danken ihnen, dass sie nicht nur die Bürde eines Wahlkampfes auf sich nehmen, sondern auch bereit sind, sich im Falle einer Wahl mit aller Kraft für eine menschen- und umweltzentrierte Politik einzusetzen.

Wir konnten unser Trio nach der Nomination zu den Beweggründen befragen und erbaten eine erste kurze Antwort.



Marion Sägesser, 53jährig (Jg. 1972), Verheiratet, 2 erwachsene Kinder, Augenoptikerin, Gemeinderätin mit Ressort Soziales, Mitglied Stiftungsrat Seniorenzentrum

Marion Sägesser

«Seit 21 Jahren bin ich für die SP in Oberburg politisch aktiv. Die ersten 13 Jahre amtete ich in verschiedenen Kommissionen, bis ich vor acht Jahren in den Gemeinderat nachgerutscht bin. Dort leite ich das Ressort Soziales, was meinem Themenschwerpunkt sehr entspricht.

Nun bin ich bereit für den nächsten Schritt. Auf Gemeindeebene erlebt man oft, dass der Kanton etliche Sachen voraussetzt, was leider für kleinere Gemeinden eine riesige Hürde darstellt. Gerne würde ich die ländliche Bevölkerung auf Kantonsebene vertreten und mich für einen sozialen Kanton Bern stark machen.»



Jameel Shahid Ahmad

«Ich kandidiere für den Grossrat, weil unsere Politik wieder näher bei den Menschen sein muss. Ich kämpfe für faire Löhne, starke Arbeitnehmerrechte und echte Chancengleichheit. Migration und Integration sind für mich eine Stärke, keine Last. Ich will den Rat verjüngen und eine Politik für alle statt für wenige machen.»

Jameel Shahid Ahmad, 24jährig, Geschäftsführer Coop Schönbühl Dorf. Vorstandsmitglied SP Regionalverband Emmental, Mitglied der Bildungskommission Oberburg, Mitglied Unia, ehem. Co-Präsident JUSO Kt. Bern



Cyril Sägesser

«Ich kandidiere für den Grossrat, da auf kantonaler Ebene ein grosser Spielraum für viele Anliegen existiert, welche alle im alltäglichen Leben betreffen. Schluss mit katastrophaler Sparpolitik! Bildung und Umweltschutz können finanziert werden, Mieten können gesenkt werden, Arbeitsbedingungen können verbessert werden und vieles mehr. Ich setzte mich für einen Kanton ein, der die Menschen und unsern Planeten ins Zentrum stellt, statt die Profite der Reichen!»

Cyril Sägesser, 25jährig, Student der Umweltwissenschaften. Vorstandsmitglied SP Oberburg, Vorstandsmitglied JUSO Emmental, Mitglied der Baukommission Oberburg



**ZUSAMMEN
UNTERWEGS**

hofmann.swiss

MOSER MALER AG

T 034 422 22 65

info@mosermalerag.ch
www.mosermalerag.ch

Moser Maler AG

Emmentalstrasse 9
3414 Oberburg

Kirchbergstrasse 76
3400 Burgdorf



Wir empfehlen uns für sämtliche Facharbeiten

O. MÄDER

Bauunternehmung

Schadstoffsanierung

3414 Oberburg

Krauchthalstrasse 19 | Tel. 034 422 10 81

info@maeder-bau.ch | www.maeder-bau.ch



Für Frieden in Gerechtigkeit und Würde. Solidarisch mit jenen, die danach streben. Dafür steht die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) seit ihrer Gründung vor 76 Jahren. Den Menschen, die für Frieden kämpfen, gab sie von Anfang an Gesicht und Stimme. Seit 47 Jahren auch mit ihrer Zeitung **Unsere Welt** (UW).

Bestelle jetzt ein UW-Probeabonnement. Oder noch besser: Werde gleich Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung. Für Fr. 30.– / Jahr. UW-Abo inbegriffen!

Name:

Vorname:

Strasse:

Mail (fak):

PLZ:

Wohnort:

Ich möchte ein Probeabonnement der UW.

Ich abonniere die UW (4 Ausgaben. Abo-Preis: Mindestens Fr. 20.–/Jahr).

Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 30.–, inkl. UW-Abo).

Datum:

Unterschrift:

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an:

Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch